



Frankfurter Allgemeine VW-Abgasskandal

Freitag, 30. Juni 2017

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

F.A.Z.-Index 2.413,98 +0,23 % DAX ® 12.429,63 +0,11 % Dow Jones 21.287,03 -0,78 % EUR/USD 1,1411 -0,25 % Alle Kurse

Home Wirtschaft VW-Abgasskandal F.A.Z. exklusiv: Volkswagen mit neuer Milliardenandrohung konfrontiert

F.A.Z. exklusiv

Volkswagen mit neuer Milliardenandrohung konfrontiert

In den Niederlanden will eine Stiftung wegen der Abgas-Manipulationen bis zu 4,5 Milliarden Euro von Volkswagen einklagen. Die Drohung ist für den deutschen Autobauer nicht ganz ungefährlich.

28.06.2017

Teilen Twittern Teilen E-mailen

Veröffentlicht: 28.06.2017, 18:48 Uhr



© DPA

Eine niederländische Stiftung könnte Volkswagen noch gefährlich werden.

Die im Streit um durch die Abgas-Manipulationen geschädigten VW-Eigentümer engagierte niederländische Stiftung baut eine milliardenschwere Drohkulisse gegen **Volkswagen** auf. Die „Stichting Volkswagen Car Claim“ will notfalls für 180.000 Autofahrer in den Niederlanden 4 bis 4,5 Milliarden Euro vor Gericht fordern, sagte Vorstandsmitglied Guido Van Woerkom der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Donnerstagsausgabe). Zunächst wolle man im August einen dritten und letzten Anlauf unternehmen, sich außergerichtlich mit Volkswagen zu einigen. Die dabei angestrebte Summe werde „niedriger als 4 bis 4,5 Milliarden Euro, aber immer noch substantiell“ sein, sagte Van Woerkom, der früher den niederländischen Automobilclub ANWB leitete.

F.A.Z. exklusiv: Warum eine neue Milliardenandrohung für #Volkswagen gefährlich werden könnte

Dass die Drohung aus den Niederlanden kommt, hat eine besondere Dimension: Stiftungen dort haben mehr rechtliche Durchschlagskraft und sind gefürchtet, weil sie – anders als nach

deutschem Recht – gesammelt Feststellungen durch ein Gericht beantragen können. Dies erleichtert die Beweisführung und die Begründung der Forderungen immens.

Mehr zum Thema

- Bayern einigt sich mit BMW, Audi und MAN auf Diesel-Paket
- Mehr deutsche Unternehmen wollen mit Nvidia lernen
- Kläger wollen VW vor den Europäischen Gerichtshof bringen
- Gerichtsurteile setzen Volkswagen erheblich unter Druck
- Interpol fahndet offenbar nach VW-Managern



Mehr dazu in der F.A.Z. vom 29.06.2017. Am Vorabend schon in der [F.A.Z. -App](#) und als [E-Paper](#).

Genaugenommen richten sich die Ansprüche an **VW**, den Zulieferer Bosch und die Autohändler. Außerdem spricht die Stiftung nicht nur Eigentümer der Marke

Volkswagen an, sondern auch an Audi-, Seat-, Skoda- und Porsche-Fahrer. Sie leitet den angedrohten Milliardenanspruch daraus ab, dass der Käufer beim Erwerb getäuscht worden sei. Er müsse daher vom Kaufvertrag entbunden werden und das Auto gegen Kaufpreiserstattung zurückgeben können. Bei angenommenen durchschnittlich 25.000 Euro und 180.000 betreffenden Fahrzeugen in den Niederlanden ergäbe sich der Betrag von 4,5 Milliarden Euro. „Das ist der Anspruch, der erhoben wird, wenn Volkswagen nicht in Bewegung kommt“, sagte Van Woerkom. Er würde in Amsterdam oder Rotterdam vor Gericht gehen.

Allerdings müssten sich für die Summe noch viele Niederländer bei der Stiftung melden. Doch die können sich kostenlos anschließen: Erst im Erfolgsfall zahlen sie bis zu 18 Prozent der zugestandenen Entschädigung an die Stiftung ab. Man habe bisher zwei Briefe an den Wolfsburger Konzern geschickt und darauf „sehr unbefriedigende Antworten“ erhalten, sagte Van Woerkom. Ein dritter Brief folge nun im August, VW solle dann binnen zwei Wochen reagieren. Wenn dieser die Erwartungen wieder nicht erfüllte, werde die Stiftung bis Ende September gerichtlich vorgehen. Volkswagen lehnte eine Stellungnahme ab.

Lesen Sie den kompletten Artikel heute Abend von 20 Uhr an im *epaper* oder bei *F.A.Z.-Plus*.

Quelle: FAZ.NET

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Volkswagen](#) | [Niederlande](#) | [Alle Themen](#)

Kurse und Finanzdaten zum Artikel: [Volkswagen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Weitere Empfehlungen

Die Agenda

Amerikas Streitkräfte bemühen sich um Entspannung

Heute ist Weltflüchtlingstag. Merkel und Schulz sind beim Industrietag. Experten legen ethische Leitlinien für selbstfahrende Autos vor. [Mehr](#)
20.06.2017, 07:42 Uhr | Wirtschaft



Klatsche für die Regierung

Bundesverfassungsgericht kippt Atomsteuer

Die Atomkonzerne Eon, RWE und EnBW können auf die Rückzahlung von insgesamt sechs Milliarden Euro Atomsteuer hoffen. Das Bundesverfassungsgericht hat die zwischen 2011 und 2016 erhobene Kernbrennstoffsteuer für verfassungswidrig und nichtig erklärt, damit ist das Gesetz auch rückwirkend nicht anwendbar. [Mehr](#)
07.06.2017, 14:38 Uhr | Wirtschaft



Agenda

Das bringt der Montag

Vor dem Landgericht Karlsruhe geht es wieder um Kündigungsklauseln von Bausparverträgen. Die Grünen stellen ihren Plan zum Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung vor. [Mehr](#)

26.06.2017, 07:08 Uhr | Wirtschaft



Berlin

Ein Schloss bleibt im Rahmen

Nach Auskunft der gleichnamigen Stiftung liegt der Bau des Humboldt Forums sowohl im Kosten- als auch im Zeitplan. Die Gesamtkosten für das Vorhaben liegen laut Humboldt Forum bei fast 600 Millionen Euro. Zuletzt hatte die Frage nach dem geplanten Kreuz auf der Kuppel des Gebäudes für Gesprächsstoff. Kritiker hatten moniert, dies ordne dem Gebäude eine Glaubensrichtung zu. [Mehr](#)

22.06.2017, 08:20 Uhr | Wirtschaft



Die Agenda

„Ehe für alle“ im Bundestag

Der Bundestag entscheidet über „Ehe für alle“. Die Bundesagentur gibt die Arbeitslosenzahlen für Juni bekannt. Der Bundestag stimmt zudem über das Gesetz gegen Hass im Netz ab. Delivery Hero geht an die Börse. [Mehr](#)

30.06.2017, 07:18 Uhr | Wirtschaft



Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2017
Alle Rechte vorbehalten.

[Zur
Homepage](#)

Die Redaktion twittert

Eine Twitter Liste von [@FAZ_Wirtschaft](#)



Marcus Jung
[@MarcusCJung](#)

Seit Jahren mal wieder in einem Gymnasium 🎒
[#BacktoSchool](#)

30m
